

Abstimmung
vom 13. Juni

VERLIERE ICH MEINEN ARBEITSPLATZ?

Ein Lohndiktat verschärft
die Corona-Krise.

Lohndiktat
bereitet sozialen
Institutionen Sorgen
Seite 4

Corona-Krise: Betroffene
KMU und Mitarbeitende
nicht noch mehr belasten
Seite 5

Die Wissenschaft warnt:
Negative Folgen treffen
Schwächste am stärksten
Seite 8

2x NEIN! zum kantonalen
Mindestlohn

www.mindestlohnnein.ch

SOLL ICH ÜBERHAUPT EINE LEHRE MACHEN?

Ein Lohndiktat verhindert Ausbildung.



Ungelernte verdienen gleich viel wie Gelernte? Das setzt falsche Anreize!

Die Berufsbildung sorgt für eine sehr tiefe Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz. Der gesetzliche Mindestlohn bedroht dieses Erfolgsmodell. Der Anreiz, eine Lehre zu machen, wird massiv sinken und der Fachkräftemangel zusätzlich verschärft. Die Berufslehre darf nicht abgewertet und geschwächt werden!

«Ich weiss, eine Ausbildung ist ja schon wichtig für die Zukunft. Aber warum soll ich drei oder vier Jahre eine Lehre machen, wenn ich jetzt sofort über 4000 Franken verdienen kann?»



«Die Gastronomie leidet schon genug unter Corona. Es kann doch nicht sein, dass man uns jetzt noch mehr Lasten aufbürdet. Viele von uns in der Branche werden die Löhne nicht mehr bezahlen können und wohl Stellen abbauen müssen.»

Gilmara Rüedi, Wirtin Klybeck-Casino/Walliser-Stuben und Geschäftsführerin einer Reinigungsfirma



«Die Berufslehre ist eine schweizerische Erfolgsgeschichte. Es sollen möglichst viele Menschen eine Ausbildung machen. Mit dem Anheben der Löhne für Ungelernte erreichen wir genau das Gegenteil.»

Aurel Bachmann, Geschäftsführer des Ausbildungsbetriebes Confiserie Bachmann

Corona-Krise: Viele KMU stehen am Abgrund

Die Krise trifft zahlreiche KMU extrem stark – Gastronomie, Detailhandel, Taxiunternehmen, Coiffeurbetriebe, Reinigungen und viele mehr. Diese Branchen haben auch sonst wenig Reserven, und ihr finanzieller Spielraum ist gering. Ein zusätzlicher Kostenschub bedeutet weniger Arbeitsplätze, geringere Pensen und mehr Druck für alle Mitarbeitenden.

Die Arbeitslosigkeit in Basel-Stadt schnellte bereits in die Höhe. Wir müssen unsere Arbeitsplätze schützen und nicht gefährden!

Corona erhöht Arbeitslosigkeit in Basel-Stadt



Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Arbeitslosen deutlich – vor allem in Niedriglohn-Branchen:

	Personen
Gastronomie	+ 214
Dienstleistungen	+ 231
Verkauf	+ 73
Reinigung/Hilfskräfte	+ 72

Quelle: Statistisches Amt BS

«Ich arbeite seit zwölf Jahren Teilzeit in einem kleinen Laden. Ursprünglich habe ich eine andere Ausbildung gemacht. Ich habe Angst, dass sich mein Unternehmen die Stelle nicht mehr leisten kann. Die Corona-Krise hat uns hart getroffen. Mein Mann und ich brauchen das zweite Einkommen.»

VERLIERE ICH MEINEN ARBEITSPLATZ?

Ein Lohndiktat verschärft die Corona-Krise.

Unsozial: Mindestlohn trifft die Schwächsten

Wir brauchen Stellen für Menschen ohne Ausbildung, für Menschen mit wenig Deutschkenntnissen, für Arbeitstätige mit Leistungseinschränkungen, für Wiedereinsteigerinnen und für Menschen, die sich mit Gelegenheitsjobs etwas dazuverdienen möchten.

Was passiert, wenn diese Stellen teurer werden?

- Sie können nicht gehalten werden und verschwinden.
- Gewisse Stellen fallen der Automatisierung zum Opfer, weil der Kostendruck zu gross wird.
- Weniger Qualifizierte werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt.

Deshalb ist der staatlich diktierte Mindestlohn unsozial!

«Ich bin vor fünf Jahren in die Schweiz geflüchtet. Mein Deutsch ist leider noch nicht so gut. Ich möchte unbedingt arbeiten und später eine Ausbildung machen. Erhalte ich überhaupt noch eine Chance, wenn auch die einfachsten Einsteigerjobs viel teurer werden?»

Trifft auch soziale Institutionen hart!

Der IVB Behindertentransport macht Menschen mit Behinderungen mobil und ermöglicht ihnen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die IVB bietet IV-Bezügern einen Zusatzverdienst und eine Struktur im Alltag.

«Mit einem Ja zum staatlichen Mindestlohn würden die Transporte für viele Betroffene unbezahlbar. Die Mobilität von Menschen mit Behinderungen würde noch weiter eingeschränkt. Und weniger Behindertentransporte führen zum Abbau von IV-Arbeitsplätzen!»

Marcel W. Buess, Präsident
IVB Behindertenselbsthilfe
beider Basel

ERHALTE ICH NOCH EINE CHANCE?

Ein Lohndiktat erschwert die soziale Integration.



KANN ICH MIR BASEL NOCH LEISTEN?

Ein Lohndiktat vertreibt KMU.



Basel-Stadt wird zur Hochpreisinsel

Der gesetzliche Mindestlohn gilt nur für Unternehmen, die ihren Sitz in Basel-Stadt haben. Firmen aus anderen Kantonen müssen sich bei ihren Aufträgen in Basel-Stadt nicht daran halten. Das ist ein grosser Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen. Der Standort Basel-Stadt wird unattraktiver. Firmen ziehen weg, Jobs werden verlagert.

«Seit 70 Jahren ist unser Familienbetrieb in Basel zuhause. Wenn die Löhne für Ungelernte in Basel-Stadt steigen, erwarten alle Mitarbeitende mehr Lohn. Und meine Konkurrenz aus dem Umland kann die Aufträge in der Stadt zu tieferen Stundenlöhnen erledigen. Das ist doch unfair.»

Haben schlecht qualifizierte Baslerinnen und Basler noch eine Chance?

Mit einem Ja am 13. Juni würde Basel-Stadt den mit Abstand höchsten gesetzlichen Mindestlohn im Dreiland einführen. Ein empfindlicher Standortnachteil, der darüber hinaus den Druck auf die einheimischen Stellensuchenden massiv erhöhen wird.



FINDE ICH EINEN STUDENTEN-JOB?

Ein Lohndiktat killt Aushilfsjobs.



jung liberale



«Durch die Einführung eines staatlichen Mindestlohns wird die berufliche Grundbildung abgewertet. Für Geringverdienende entpuppt sich der Mindestlohn als Bumerang, weil er durch höhere Kosten Jobs gefährdet. Wir Jungparteien sagen NEIN zur Mindestlohninitiative und dem Gegenvorschlag.»

Jungparteien Basel-Stadt

«Ich studiere und möchte mir nebenbei noch etwas dazu verdienen. Zum Beispiel in einer Bar oder einer Galerie. Aber gibt es solche Aushilfsjobs überhaupt noch, wenn es gleich teuer ist, ausgebildete Fachkräfte anzustellen?»

«Die Einführung eines staatlichen Mindestlohns bedroht die Existenz von Jobs für wenig qualifizierte Arbeitskräfte bei uns. Diese werden ganz wegfallen oder ins benachbarte Ausland verlagert. Ich stimme deshalb am 13. Juni 2x NEIN zur Einführung eines Mindestlohns.»



Katja Christ, Nationalrätin und Präsidentin glp BS

«Wenn die Politik gleiche Mindestlöhne für alle Branchen diktiert, dann nimmt der Druck für die KMU und die Mitarbeitenden massiv zu. Eine Kostensteigerung können wir uns schlicht nicht leisten. Am Ende verlieren alle.»



Tanja N. Oehl, Schneiderin, Couture Stilvoll & HERZENSHUND

Sozialpartnerschaft verteidigen – kein staatliches Lohndiktat

Wussten Sie, dass

- zahlreiche Branchen bereits Mindestlöhne haben, die Lohndumping verhindern?
- jede Branche diejenigen Löhne hat, die sie auch erwirtschaften kann?
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Gesamtarbeitsverträgen die Arbeitsbedingungen und auch die Löhne sozialpartnerschaftlich festlegen?

Mit einem kantonalen Einheits-Mindestlohn würde die Sozialpartnerschaft zum Spielball der Politik. Das Gesetz könnte jederzeit von der politischen Mehrheit im Grossen Rat geändert werden.

Wir müssen unsere erfolgreiche Sozialpartnerschaft verteidigen! Deshalb braucht es ein doppeltes Nein am 13. Juni.

Auch Organisationen mit höheren Löhnen sagen 2x Nein



Basler Privatspitäler

persönlich • umfassend • gemeinnützig

«Ein Mindestlohngesetz hebt die Sozialpartnerschaft aus. Je mehr gesetzliche Vorgaben es gibt, desto weniger Spielraum und Anreiz besteht für die Sozialpartner, ausgewogene und massgeschneiderte Regelwerke zu entwickeln. Mit gut funktionierenden Systemen sollte nicht experimentiert werden. Die Lohnfestsetzung gehört in die Hand der Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden und nicht ins Gesetz.»

Stephan Fricker, CEO, Merian Iselin Klinik

Fakten-Check: Argumente der Befürworter

Der Mindestlohn schütze vor Armut

Falsch! Eine Arbeitsstelle ist der beste Schutz vor Armut. Arbeitslosigkeit ist der mit Abstand häufigste Grund für Sozialhilfeabhängigkeit. Deshalb müssen möglichst viele Menschen die Chance auf ein Erwerbseinkommen erhalten.

Der Mindestlohn führe nicht zu Arbeitsplatz-Abbau

Falsch! Diese Aussage ist fahrlässig. Die Befürworter beziehen sich auf einzelne Studien aus den USA und Deutschland mit staatlichen Mindestlöhnen unter 10 Euro. Diese sind nicht auf doppelt so hohe Mindestlöhne übertragbar. Zahlreiche andere Studien kommen zudem zu gegenteiligen Schlüssen.

In Neuenburg sei die Arbeitslosigkeit auf Grund des Mindestlohns gesunken

Falsch! Es gibt keine Untersuchung, welche diese Aussage stützt. Zudem fehlen Studien zur Entwicklung der niederschweligen Jobs. Und niemand weiss, wie viele Gelegenheitsjobs weggefallen sind, denn das sind Betroffene, die sich nicht auf den Arbeitslosenämtern melden. In Neuenburg wurde ein tieferer Mindestlohn eingeführt in einer gesamtwirtschaftlich sehr guten Phase. Die Arbeitslosigkeit ist nicht wegen, sondern trotz des Mindestlohnes gesunken.

Wissenschaft warnt:

«Der Niedriglohnsektor ist von den erheblichen negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise überproportional betroffen. In einer solchen Situation einen Mindestlohn einzuführen, der die Lohnkosten noch erhöht, wäre schlichtweg unverantwortlich.»

...

«Negative Beschäftigungseffekte treffen immer diejenigen, die eigentlich von den Mindestlöhnen profitieren sollten. Dies kann dazu führen, dass die Zielgruppe von Mindestlöhnen am Ende schlechter gestellt ist als ohne Mindestlöhne.»

Prof. Dr. Conny Wunsch,
Professorin für Arbeitsökonomie,
Universität Basel
(Quelle: Stellungnahme für den Grossen Rat)

2x Nein: Die wichtigsten Argumente

Trifft die Schwächsten

Geringverdienende und schlecht qualifizierte Menschen sind am stärksten von den negativen Auswirkungen betroffen – zum Beispiel durch Arbeitsplatzverlust und Preiserhöhungen.

Verstärkt die Auswirkungen der Krise

Es gibt keinen schlechteren Zeitpunkt als jetzt, einen rekordhohen Mindestlohn einzuführen. Wir müssen Arbeitsplätze schützen und nicht gefährden.

Schwächt die Berufsbildung

Ein staatlicher Mindestlohn schadet der Berufsbildung. Wenn auch ein Ungelernter deutlich über 4000 Franken im Monat verdient, sinkt der Anreiz, eine Ausbildung zu machen.

Schadet der Sozialpartnerschaft

Branchenspezifisch finanzierbare Löhne werden im Schweizer Erfolgsmodell zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt und nicht vom Staat bestimmt.

Verursacht hohe Mehrkosten

In Branchen mit geringer Wertschöpfung würde die Mindestlohninitiative zu einer starken Kostensteigerung führen. Das können sich viele KMU nicht leisten.

Breit abgestütztes Komitee



Weitere Organisationen und Persönlichkeiten unter: www.mindestlohnnein.ch

2x NEIN! zum kantonalen Mindestlohn

www.mindestlohnnein.ch